

13. Klimaschutz: Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Bestandsaufnahme - Perspektiven

Antrag des Regierungsrates vom 11. Mai 2022 zum Postulat KR-Nr. 229/2018 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 29. August 2023

Vorlage 5835

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Das Postulat 229/2018 fragte nach dem Stand der Verankerung und Umsetzung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) auf allen Stufen des Zürcher Bildungswesens sowie dem Handlungsbedarf zu deren Weiterentwicklung.

Der Regierungsrat legte uns einen sehr ausführlichen Bericht vor, besten Dank dafür. Die Verankerung von BNE wird zum einen stark über Lehrpläne vorangetrieben. Im Lehrplan 21 zum Beispiel sind entsprechende Themen wie Natürliche Ressourcen und Umwelt, Geschlechter und Gleichstellung oder Globale Entwicklung und Frieden vor allem im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» verankert. Zum anderen geschieht die Umsetzung von BNE, aber auch über das kantonale Netzwerk gesundheitsfördernder und nachhaltiger Schulen, Schulnetz 21. Diesem gehören zurzeit rund 80 Volksschulen und 16 Sek-II-Schulen an. Das Netzwerk ist offen für weitere Schulen.

Generell werden den Lehrpersonen aller Stufen verschiedene Lehrmittel, Lehr- und Lernmedien oder auch Planungshilfen für die Behandlung dieser Themen im Unterricht angeboten, und die PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) engagiert sich für die BNE auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen und Schulleitungen und bietet auch ausserschulischen Akteurinnen und Akteuren verschiedene Dienstleistungen an.

Die KBIK kommt wie der Regierungsrat zum Schluss, dass die BNE Eingang in das Zürcher Bildungswesen gefunden hat und sich kantonal wie national weiterentwickeln wird. Entsprechend empfiehlt die KBIK einstimmig die Abschreibung dieses Postulats.

Ursula Junker (SVP, Mettmenstetten): Ich weiss nicht, ob Sie sich noch an die Debatte erinnern, als es um die Überweisung dieses Postulates ging. Das war zwar lange vor meiner Zeit in diesem Rat, aber es ist im Protokoll nachzulesen. Ich zitiere die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*), was sie im Schlusswort nach der Überweisung gesagt hat: «Bis der Bericht vorliegt, brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Thema in den Schulen des Kantons Zürich.» Das war 2020.

Nun liegt der Bericht der Bildungsdirektion vor und er kommt daher, wie die Bildungsdirektorin vorausgesagt hat und die SVP/EDU-Fraktion bereits 2018 bei der Einreichung des Postulates erkannt hat: Im Lehrplan 21 sind Nachhaltigkeit und nachhaltige Kompetenzen vom Kindergarten bis zur Sekundarschule II an verschiedenen Orten und aus verschiedenen Perspektiven verankert.

Wir haben hier wieder eines dieser Geschäfte von linker Seite, welches die Verwaltung und den Rat unnötig beschäftigt und Kosten generiert hat. Also bitte denken Sie doch auch mal unter dem Jahr über einen sinnvollen Einsatz unserer Steuergelder nach und nicht erst Ende Jahr bei der Budgetdebatte. Danke. Wir schreiben dieses Postulat ab.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Im Jahr 2018 wurde dieses Postulat mit der Einladung an den Regierungsrat eingereicht, den aktuellen Stand der Verankerung und die Umsetzung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung auf allen Stufen des Zürcher Bildungssystems sowie den Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der BNE zu beschreiben, und das inklusive der Berücksichtigung von aktuellen internationalen und nationalen Entwicklungen. Es wurde bereits von der KBIK-Präsidentin ausgeführt. Ich möchte aber, anders als meine Vorrednerin, für diesen ausführlichen Bericht danken. Ich möchte ihn auch loben, aber es gibt natürlich auch Kritikpunkte unsererseits. Einerseits kann als Kritikpunkt angeführt werden, dass leider der weitere Entwicklungsbedarf nicht gross aufgezeigt beziehungsweise wenig konkret ausformuliert wird. Bezüglich Verankerung auf allen Schulstufen wird ausgeführt, dass das Thema momentan überall aufgenommen werde in den Grundlagendokumenten zur Bildung an Gymnasien und Berufsschulen, weshalb sich der Regierungsrat im Bericht insbesondere auf die Umsetzung nationaler Vorgaben bezogen hat.

Im Bericht des Regierungsrates wurde aufgezeigt, dass nachhaltige Entwicklung einerseits institutionell verankert ist. Andererseits wird es auch didaktisch umgesetzt in allen Bildungsstufen. Wo die Rahmenlehrpläne nicht mehr aktuell sind, werden diese überarbeitet. Leider hat aber der Regierungsrat eine kantonsweite Strategie für BNE für die Legislaturziele 2023 bis 2027 nicht aufgenommen. Trotzdem kann aus unserer Sicht das Postulat abgeschrieben werden, da Nachhaltige Entwicklung auf allen Bildungsstufen verankert ist und die Umsetzung aktiv vorangetrieben wird. Wir von der SP finden es nach wie vor wichtig, dass der Thematik «Verankerung und Umsetzung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung» genügend Rechnung getragen wird, und bitten die Bildungsdirektion darum, sich auch dazu kantonal strategische Ziele zu setzen und diese dann konkret umzusetzen.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Die heutigen Herausforderungen, wie Klimawandel, globaler Handel, bewaffnete Konflikte, Migration und so weiter, zeigen, wie stark soziale, ökologische und ökonomische Prozesse voneinander abhängen und sich gegenseitig beeinflussen. Um ihnen zu begegnen, ist eine nachhaltige Entwicklung anzustreben, die diese Wechselwirkungen berücksichtigt. Die Bildung spielt bei der Förderung einer sozialen, wirtschaftlichen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung eine zentrale Rolle.

Der Regierungsrat konnte in seinem Bericht aufzeigen, dass dieser Rolle im Lehrplan 21 Rechnung getragen wurde, die BNE Eingang in die Zürcher Klassenzimmer erhalten hat und die Umsetzung aktiv vorangetrieben wird. Wir schreiben ab.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Wir Grüne schätzen den ausführlichen und interessanten Bericht des Regierungsrates vom Mai 2022 zum Stand der Verankerung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, kurz BNE, in den Volks- und Sek-II-Schulen und in der Lehrerbildung an der PHZH. Wir sind denn auch mit der Abschreibung des Postulates einverstanden. Dennoch erlauben wir uns drei kritische Anmerkungen:

Das Postulat forderte eine Übersicht über den Stand der BNE-Umsetzung auf allen Bildungsstufen des Zürcher Bildungswesens. Mit Ausnahme der Erwähnung der Aktivitäten der PHZH und des Zurich Knowledge Center for Sustainable Development geht der Bericht leider kaum auf die Tertiärstufe ein. Auch die Hochschulen sind sich heute zunehmend bewusst, dass sie über die Forschung und Lehre sowie den Austausch mit der Öffentlichkeit am meisten zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können. Es wäre deshalb hilfreich gewesen, zu erfahren, wie sie diesen Bildungsauftrag konkret wahrnehmen. Auch über den Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der BNE sagt der Bericht nur am Rande etwas aus. Dass sich die BNE, wie im Fazit festgehalten, auf nationaler und kantonaler Ebene stetig weiterentwickeln wird, so viel können auch wir annehmen. Und zu guter Letzt hätte der Regierungsrat auch der Frage nachgehen sollen, wie eine kantonsweite Strategie für BNE und deren Integration in seine Legislaturplanung die Umsetzung von BNE im Kanton Zürich weiter befördern könnte. Auch dazu finden wir nur gerade die Aussage, dass der Regierungsrat darüber bei der Festlegung der Legislaturziele 2023 bis 2027 entscheiden wird.

Für die Zukunft wünschen wir uns, dass noch mehr Schulen dem Schulnetz 21 beitreten und zu gesundheitsfördernden und nachhaltigen Schulen werden und entsprechende Ziele auch in ihren Schulprogrammen verankern.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Bildung für Nachhaltige Entwicklung, BNE, ist im Bildungswesen des Kantons Zürichs breit verankert. Der Zürcher Lehrplan 21 sieht für die Volksschule vor, dass die Schülerinnen und Schüler die Kompetenz haben, sich mit der Komplexität der Welt und deren ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Themen zur nachhaltigen Entwicklung werden häufig fächerübergreifend behandelt, damit die Schülerinnen und Schüler Zusammenhänge erfassen und verstehen und befähigt werden, sich an der nachhaltigen Gestaltung der Zukunft zu beteiligen. Im Bereich der Sekundarstufe II sind Inhalte der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Reglement der EDK (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren*) über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen festgelegt und in der Verordnung des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation, SBFI, über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung verankert. Die Hochschulen bieten eine breite Palette an Aus- und Weiterbildungen und Lehrmaterialien für den BNE-Unterricht. Daneben besteht mit der Stiftung Education 21 ein von Bund und Kantonen getragenes nationales Kompetenzzentrum für die Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Lehrpersonen, Schulleitungen und weitere Akteure finden bei Education 21 pädagogisch geprüfte Lernmedien, Beratung, Finanzhilfen für Schul-

und Klassenprojekte und Angebote von schulexternen Akteuren. Leider, leider haben die Bundesbehörden, die einen Vertrag mit der Education 21 haben, ihren Vertrag aufgekündigt, und wir werden nun schauen müssen, wie wir diese Institution neu finanziell aufstellen.

Wie der Bericht des Regierungsrates zeigt, ist Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Kanton Zürich damit sehr gut verankert und wird breit umgesetzt. Gestützt auf diese Ausführungen, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 229/2018 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.